

Initiativantrag

Initiator*innen: Mareike Engel

Titel: Jetzt erst recht! - Lehren aus den Landtagswahlen für die demokratische Linke.

Die Landeskonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den Bundeskongress der Jusos weiterleiten:

Antragstext

1 Die Ergebnisse der Kommunal- und Europawahlen sowie der Landtagswahlen in
2 Thüringen, Brandenburg und Sachsen waren in diesem Jahr verheerend. Bei uns in
3 Sachsen konnten wir als SPD zwar unser Ergebnis von 2019 halten, jedoch haben
4 die demokratischen Kräfte insgesamt stark verloren und die faschistische AfD
5 muss mit einem Ergebnis von 30,6% klar als Gewinner dieser Wahl bezeichnet
6 werden. Die kommenden Monate und Jahre werden nicht einfach und eine
7 Regierungsbildung in Sachsen kann wieder nicht mit progressiven Kräften
8 vollzogen werden. Mehrheiten abseits von reaktionären und populistischen Kräften
9 sind in weite Ferne gerückt.

10 All das zeigt uns deutlich: Die SPD, aber auch die demokratische Linke insgesamt
11 verliert zunehmend die Hoheit über Debatten und die nötige gesellschaftliche
12 Verankerung. Abseits der Großstädte, vor allem im ländlichen Raum, findet eine
13 Marginalisierung progressiver Kräfte statt, die mit einem seit 1945
14 beispiellosen Aufstieg rechter Kräfte einhergeht. Diese Entwicklung, die in
15 Deutschland und ganz Europa stattfindet, zeigt, dass der Kampf gegen den
16 Aufstieg des Faschismus weiterhin die größte Aufgabe unserer Zeit darstellt. Mit
17 dem Aufstieg des Faschismus geht ein Angriff auf die notwendigen
18 Klimaschutzmaßnahmen, den Sozialstaat und die demokratische Gesellschaft einher.
19 Aber nicht nur die Wahlergebnisse, sondern auch die Verschiebung des
20 öffentlichen Diskurses nach rechts, gepaart mit dem gezielten Angriff auf

21 Errungenschaften des Sozialstaats, Gewerkschaften und gesellschaftlicher
22 Solidarität, stellt eine akute Gefahr für unser demokratisches Zusammenleben
23 dar.

24 Diese Verschiebung nach rechts ist kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis einer
25 bewussten Strategie rechter Akteur*innen, die gesellschaftlichen Probleme und
26 Krisen wie die steigende soziale Ungleichheit, die Wohnungsnot, prekäre
27 Arbeitsverhältnisse und die Klimakrise zu instrumentalisieren. Anstatt Lösungen
28 zu präsentieren, schüren sie Ängste und lenken die Debatte in eine Richtung, die
29 Ausgrenzung und Spaltung verstärkt. Besonders alarmierend ist dabei die
30 zunehmende Normalisierung rechter Positionen auch neben dem öffentlichen
31 Diskurs, sondern auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Was früher unvorstellbar
32 schien, wie die Schließung der Grenzen, die Abschaffung des individuellen Rechts
33 auf Asyl und die Infragestellung der Würde aller Menschen wird heute immer
34 häufiger salonfähig gemacht. Diese Entwicklungen sehen wir auch in unserer
35 eigenen Partei und verfolgen das mit großer Sorge.

36 Eine besondere Situation stellt sich hierbei im Osten ein. Nirgendwo sonst in
37 der Bundesrepublik ist die gesellschaftliche Verschiebung so deutlich zu spüren,
38 auf allen Ebenen. Hierbei sind insbesondere die Jusos als Teil der
39 Zivilgesellschaft wichtiger Anker und Verteidiger*innen der Demokratie. Die
40 Demokratiebewegung mit den einhergehenden Demonstrationen Anfang 2024 war
41 richtig und wichtig. Eine Lehre aus diesem Jahr ist aber auch, dass die
42 Verteidigung der Demokratie nicht bei Demonstrationen aufhört, sondern nur ein
43 politischer Kurswechsel nachhaltig helfen kann. Hierbei ist die Erkenntnis
44 zentral, dass die Erfahrung in den 90er Jahren, in denen eine in Europa
45 beispiellose Deindustrialisierung und Entmachtung der Menschen im Osten, für
46 viele Menschen prägend war.

47 In gesellschaftlichen Stresssituationen kommen diese „Frakturen“ hervor und
48 verstärken sich. Diese Erfahrungen werden intergenerationell weitergegeben und
49 sind dementsprechend auch (und teilweise sogar stärker) bei jungen Menschen zu
50 beobachten, die ein besonderes Gefühl der Zurückweisung spüren, wie Steffen Mau
51 in verschiedenen Publikationen eindrucksvoll nachgewiesen hat. Dies ist
52 insbesondere darin begründet, dass die Ungerechtigkeit zwischen Ost und West, in
53 Löhnen, Repräsentation und materieller wie gesellschaftlicher Teilhabe nach wie
54 vor massiv ist und sogar 34 Jahre nach dem Beitritt der Länder im Osten größer
55 wird.

56 Die Rechten schaffen es aktuell, die Unterschiede zwischen Ost und West von
57 einer materiellen und repräsentativen Ebene auf eine kulturelle Ebene zu heben
58 und auf die Migrationsfrage zu reduzieren. Auch hier gelingt den Rechten eine
59 massive Verschiebung des Diskurses, der am Ende die strukturellen

60 Herausforderungen des Ostens nicht löst, sondern die Probleme verschärft.

61 Um diese Verschiebung zu bewirken, braucht es aber gesellschaftliche
62 Rahmenbedingungen. Es zeigt sich immer deutlicher, dass die gesellschaftliche
63 Resilienz gegen Krisen in ganz Deutschland immer mehr abnimmt. Damit einher geht
64 eine, besonders im Osten ausgeprägte, Transformationsmüdigkeit, die sich mit
65 einem Mangel an demokratischer Selbstermächtigung vermischt. Als Reaktion darauf
66 treten soziologisch erklärbare traditionell-nationalistische Verteidigungsmuster
67 auf. Auf diese Entwicklungen braucht die demokratische Linke antworten, diese
68 können nur materialistisch und demokratisch sein. Wir sind davon überzeugt, die
69 Antworten der Zeit müssen demokratisch-sozialistisch sein.

70 **Unsere Antwort darauf kann nur lauten: Umverteilung -Jetzt erst recht!**

71 Wir dürfen den Rechten nicht das Feld überlassen und uns nicht in defensive
72 Positionen drängen lassen. Die Debatten der Rechten zu führen, heißt ihnen eine
73 hegemoniale diskursbestimmende Stellung einzuräumen. Wer sich auf das
74 Debattenfeld der Rechten bewegt, befindet sich in einem unmenschlichen
75 Überbietungswettbewerb, der am Ende nur der extremen Rechten nutzt.

76 Stattdessen müssen wir die politische Debatte offensiv gestalten und den Fokus
77 auf die zentralen sozialen Fragen unserer Zeit legen: die gerechte Verteilung
78 von Reichtum, die Bekämpfung von Armut, die Sicherstellung guter
79 Arbeitsbedingungen und bezahlbaren Wohnraums, sowie den gerechten Zugang zu
80 Bildung und Gesundheitsversorgung. Die Ungleichheit in unserer Gesellschaft hat
81 ein Ausmaß erreicht, das nicht nur die sozialen Strukturen bedroht, sondern auch
82 die demokratische Stabilität. Um dies zu korrigieren, brauchen wir eine mutige
83 Umverteilungsagenda.

84 **Unsere zentralen Punkte für eine Umverteilungsagenda:**

85 **1. Abschaffung der Schuldenbremse:** Um die notwendigen Investitionen für die
86 Infrastruktur und den Strukturwandel zu beschaffen brauchen wir
87 finanziellen Spielraum, der neue demokratische Handlungsspielräume
88 ermöglicht. Die Frage der Verschuldung muss aus dem Grundgesetz und den
89 Landesverfassungen und rein in die Parlamente!

90 **2. Umverteilung von oben nach unten, von West nach Ost:** Die Reichen werden immer
91 reicher, während ein wachsender Teil der Bevölkerung unter prekären Bedingungen
92 lebt. Wir fordern eine konsequente Vermögenssteuer und höhere Erbschaftssteuern,
93 um die extreme Konzentration von Reichtum in den Händen weniger zu brechen. Eine
94 grundlegende Reform des Steuersystems und insbesondere eine gerechte

95 Erbschaftsbesteuerung mit Umverteilungseffekten, wie über das Grunderbe, ist
96 dafür unerlässlich. Umverteilung unter diesem Aspekt bedeutet auch immer
97 Umverteilung von West nach Ost. Hierbei muss auch die Verteilung
98 gesellschaftlicher Macht in Medien, Justiz und Wirtschaft eine Rolle spielen,
99 die sich in der mangelnden Repräsentation ostdeutscher und marginalisierter
100 Gruppen zeigt.

101 **3. Stärkung des sozialen Demokratie:** In Zeiten von Inflation, Wohnungsnot und
102 unsicheren Arbeitsverhältnissen müssen wir den Sozialstaat ausbauen und nicht
103 abbauen. Es braucht massive Investitionen in sozialen Wohnungsbau, Bildung und
104 Gesundheitsversorgung, um allen Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen.

105 **4. Sichere Arbeitsbedingungen und gute Löhne:** Die Ausweitung von prekären
106 Beschäftigungsverhältnissen, Leiharbeit und Minijobs muss gestoppt werden. Wir
107 sind solidarisch mit den Gewerkschaften bei ihrem Kampf um eine Stärkung der
108 Tarifbindung. Um auch in den Bereichen, in denen es keine Tarifabdeckung gibt
109 Lohnerhöhungen zu ermöglichen, bekräftigen wir unsere Forderung den Mindestlohn
110 auf 15€ zu erhöhen.

111 **Umverteilung ist die Antwort – die SPD muss die Kraft dafür sein !**

112 Es ist Zeit, den rechten Kräften entschlossen entgegenzutreten und den Diskurs
113 wieder auf die drängenden sozialen Fragen zu lenken. Statt uns auf die
114 Verteidigung gegen rechte Angriffe zu beschränken, müssen wir die
115 gesellschaftliche Debatte prägen und den Raum für progressive Lösungen
116 erweitern. Umverteilung ist kein antiquiertes Konzept, sondern die Antwort auf
117 die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich, auf soziale
118 Unsicherheiten und auf die Krise des Neoliberalismus.

119 Mit einer klaren und mutigen Umverteilungsagenda setzen wir ein Zeichen gegen
120 den Rechtsruck und für eine gerechte, solidarische Gesellschaft. Die Zukunft
121 gehört nicht denen, die spalten und Ängste schüren, sondern denen, die Lösungen
122 für alle bieten. Lasst uns gemeinsam die Debatte neu ausrichten – für
123 Umverteilung, für soziale Gerechtigkeit, für eine solidarische Zukunft.

Begründung

Erfolgt mündlich.